Tarifschnellinfo

Für die Beschäftigten der
Metall- und Elektroindustrie Thüringen
Juni 2019

35-Stunden-Woche in Thüringen

Gespräche ergebnislos - Die Uhr tickt!

Am 11. Juni fand in Schwerin die fünfte Gesprächsrunde zur Angleichung der Arbeitszeiten in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie statt. Wer auf eine Lösung gehofft hatte, wurde enttäuscht: Die Arbeitgeber haben sich wiederum nicht bewegt. Nun verbleibt nur noch ein knappes Zeitfenster bis Ende Juni für eine Lösung.

Die IG Metall hat am 11. Juni wiederum ein konstruktives und tragfähiges Konzept für die Verkürzung der Arbeitszeit präsentiert:

- Für unterschiedliche Modelle in den Betrieben gibt es einen klaren tariflichen Rahmen. Wenn es keine Einigung der Betriebsparteien gibt, greift eine verbindliche Regelung der Arbeitszeitabsenkung nach dem Manteltarifvertrag
- Arbeitszeitangleichung mit betrieblichen Lösungsmöglichkeiten und unterschiedlichen Geschwindigkeiten
- Betriebliche Modelle bedürfen der Zustimmung der Tarifvertragsparteien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch die fünfte Gesprächsrunde hat keinen erkennbaren Fortschritt gebracht. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern fahrlässig. Die Vorstellung der Arbeitgeber von den künftigen Arbeitszeiten in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie besteht offenbar in einer dauerhaften Deregulierung der Arbeitszeiten. Wir sind offen für innovative Lösungen und haben einen Tarifvertrag vorgeschlagen, der betrieblich angepasste Modelle der Arbeitszeitverkürzung ermöglicht. Ein Entgegenkommen von der Arbeitgeberseite war auch am 11. Juni nicht zu verzeichnen. Jetzt tickt die Uhr! Es gibt noch eine Chance, beim letzten Gesprächstermin Ende Juni ein Ergebnis zu erreichen. Bisher haben sich die Arbeitgeber den aus dem Fußball bekannten Begriff eines »Chancentod« verdient – die Chance Ende Juni aber sollten sie nutzen, mit der IG Metall eine tragfähige Regelung zu vereinbaren. Sonst wird die Arbeitszeit in der Metall- und Elektroindustrie zum Streitthema im Betrieb.

Jörg Köhlinger
Bezirksleiter IG Metall Bezirk Mitte

IG METALL
Bezirk Mitte

Impressum: IG Metall Bezirksleitung Mitte I Wilhelm-Leuschner-Straße 93 I 60329 Frankfurt I Verantwortlich: Jörg Köhlinger, Bezirksleiter
Fotos: Frank Rumpenhorst, IG Metall I www.igmetall-bezirk-mitte.de

Damit ist die IG Metall den Arbeitgebern deutlich entgegengekommen. Mit den Vorschlägen würden wir betriebliche Flexibilität für die Einführung der 35-Stunden-Woche ermöglichen, aber auch sicherstellen, dass bei den Mitgliedern der IG Metall tatsächlich die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ankommt.

Auch mit weiteren Vorschlägen haben wir Kompromissbereitschaft gezeigt, zum Beispiel durch Optionen für einen vorübergehenden Ausgleich des reduzierten Arbeitszeitvolumens. Auch dabei wollen wir sicherstellen, dass die Arbeitszeitverkürzung bei den Beschäftigten ankommt. Auf der Arbeitgeberseite sind immer noch keine Ansätze einer Lösungsorientierung erkennbar: Sie haben alle Vorschläge der IG Metall abgelehnt.

Die Arbeitgeberverbände wollen, dass die Betriebsparteien ab 1. Januar 2021 ohne verbindlichen tariflichen Rahmen frei wählen können, wo die betriebliche Arbeitszeit innerhalb eines »Korridors« zwischen 30 und 40 Stunden liegt. Auch fordern sie, dass die Beschäftigten die Arbeitszeitverkürzung zusätzlich bezahlen. Es soll zwar »tarifliche Leitplanken« geben, aber auch dafür gibt es keinerlei konkrete Umsetzungsvorschläge der Arbeitgeber. Die verbindliche Einführung der 35-Stunden-Woche soll erst zum 1. Januar 2031 erfolgen, in knapp 12 Jahren. Viele von Euch sind dann längst im Ruhestand.

Dieser Zwischenstand ist keine gute Grundlage für ein Weiterkommen. Die Zeit wird knapp für eine Lösung in der Fläche. Der letzte Gesprächstermin ist für den 21. Juni in Leipzig geplant. Danach beraten die Tarifkommissionen und der Vorstand der IG Metall.

35 Im Osten wie im Westen Jetzt ist unsere ZEIT!

Es ist an der Zeit, dass wir unsere Stimme erheben!

Am 19. Juni ist betrieblicher Aktionstag in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern: Friedenspflicht heißt nicht, diese Provokation der Arbeitgeberverbände stillschweigend hinzunehmen.